

Wir fragen nach:

Rainer Arnold, SPD, Mitglied des Bundestages

Arbeit durch Rüstung?

Herr Arnold, Deutschland liegt, laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI, bei der Anzahl der Rüstungsexporte weltweit auf Rang drei. Waffen werden in Nato-Staaten, aber auch nach Südafrika oder an die Atommacht Indien geliefert. Kann man dies mit Arbeitsplatzsicherung rechtfertigen? Nein, Rüstungsexporte in Krisenregionen sind nie mit Arbeitsplatzsicherung zu rechtfertigen. Mit der Lieferung an Natostaaten und der Nato gleichgestellte Staaten habe ich keine Probleme. Wir brauchen in der Nato eine engere Rüstungszusammenarbeit, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Ein Land wie Südafrika hat eine wichtige strategische Aufgabe. Wenn wir wollen, dass Afrika in Zukunft selbst Stabilisierungseinsätze macht, dann müssen wir die afrikanischen Staaten, bei denen wir dies verantworten können, auch dazu befähigen. Indien ist die größte Demokratie der Welt, die zwar in einem Spannungsgebiet liegt. Aber Handfeuerwaffen auch für die indische Polizei sind eine legitime Lieferung. Natürlich nur, wenn der Altbestand unter deutscher Aufsicht zerstört wird. Dies wird teilweise gemacht.

Nicht nur fertige Waffen, sondern auch Vorprodukte und Lizenzvergaben sorgen dafür, dass deutsche Waffen in Kriegsgebieten zum Einsatz kommen. So ist das automatische Gewehr G3 von Heckler und Koch seit vielen Jahren in Darfur/Sudan im Einsatz. Die deutsche Lizenz wurde nach Großbritannien verkauft. Auch Saudi-Arabien oder der Iran sind Lizenznehmer. Kann es uns egal sein, ob das Empfängerland eine Krisenregion ist oder wohin das Empfängerland Waffen weiterverkauft? Ich meine, dass Lizenzvergaben an Länder, die dann achtlos mit der Weitergabe umgehen, nicht akzeptabel sind. Großbritannien ist hier nicht immer so konsequent, wie ich dies erwarte. Der Iran bekommt im Augenblick keine Waffenlieferungen mehr. Saudi-Arabien hat meines Wissens immer Waffen erhalten, vor allem auch zur Ausstattung der Polizei. Wir werden gelegentlich auch mit Regierungen zusammenarbeiten müssen, die uns nicht so angenehm sind, weil wir Stabilitätsinteressen haben. Es kann nicht in unserem Sinn sein, wenn in Saudi-Arabien oder Pakistan die Islamisten an die Macht kommen.

Laut Paul Schäfer, Bundestags-Abgeordneter der Linken, wird der seit 1999 existierende Rüstungsexportbericht nicht offiziell im Bundestag diskutiert, weil er keine Bundestagsdrucksachen-Nummer hat. Warum ist dies so? Er wird diskutiert: Er wurde von Rot-Grün eingeführt. Wir haben allerdings keinen Einfluss auf den Bundessicherheitsrat, der über Rüstungsexporte entscheidet. Er tagt geheim. Deswegen war es ein großer Fortschritt für die Parlamentarier und die Öffentlichkeit, die Zahlen jährlich auf den Tisch zu bekommen.

Fragen von Sylvia Gierlichs